

**Teilhabe, Solidarität, bezahlbares
Wohnen und Gerechtigkeit für alle**

**Damit das Leben im Landkreis
Aurich lebenswert ist**

Kommunalwahlprogramm 2026 - 2031

Inhaltsverzeichnis Kommunalwahlprogramm 2026 - 2031

Die Linke Kreisverband Aurich

<u>Thema</u>	<u>Seite</u>
Vorwort	1
Stärkung von Bürger*innenrechten	2
Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand	2
Im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung muss das Patient*innenwohl stehen	3
Für einen LK Aurich, der Geschlechtergerechtigkeit lebt und Frauen* Sicherheit vermittelt	4
LGBTQIA*	6
ÖPNV – sozial und ökologisch – Mobilität für alle	8
Bezahlbares Wohnen in allen Kommunen – Wohnen ist ein Menschenrecht	10
Lohndumping auch in den Kommunen bekämpfen	11
Handwerk in Ostfriesland stärken – Bodenständige Politik statt leerer Versprechen	11
Kostenlose Kinderbetreuung für alle	13
Bildung muss Chancengleichheit garantieren	13
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sichern	14
Partizipation und Engagement von Kindern und Jugendlichen fördern	15
Selbstbestimmtes Leben auch im Alter ermöglichen	16
Tourismus mit Bedacht weiterentwickeln	16
Eine Vision zur Reaktivierung und Pflege der Kanäle und Tiefs im Landkreis Aurich	17
Förderung ostfriesischer Kultur und plattdeutscher Sprache	17
Willkommenskultur für Geflüchtete statt Ausgrenzung	18
Erinnerungskultur bewahren und ausbauen – Kein Platz für Nazis, Rassist*innen und Antisemit*innen	18
Tierschutz, Ernährung, Umwelt, Landwirtschaft und Nachhaltigkeit	19
Rückblick und Ausblick	21

Kommunalwahlprogramm 2026 – 2031

Vorwort

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt eine große Krise, die nicht spurlos an unserer Region vorbei geht. Immer mehr Kriege in der Welt rücken näher und haben direkte Auswirkungen auf unser Leben. Die Reaktion der Regierenden ist eine immer weiter ausufernde Aufrüstung, die hunderte von Milliarden Euro verschlingt. Die Menschen werden wieder ‚kriegstüchtig‘ gemacht, die Wehrpflicht wird faktisch wieder eingeführt und die Truppenstärke der Bundeswehr soll deutlich ausgebaut werden.

Damit einher gehen der fortschreitende Verfall unserer gesamten Infrastruktur und ein massiver Sozialabbau. Viele Menschen werden von ihrer berechtigten Angst vor einem Wohlstandverlust getrieben. Arbeitsplätze werden massiv abgebaut – das VW-Werk Emden als größter industrieller Arbeitgeber der Region, sowie seine Zuliefererbetriebe werden auf den sogenannten ‚Prüfstand‘ gestellt. Die Armen und Ausgegrenzten unserer Gesellschaft stehen vor dem Abgrund.

Das nutzen rechtsradikale und konservative Parteien dazu, die Gesellschaft immer weiter zu entsolidarisieren – die Spaltung auch mithilfe von Falschinformationen („Fake News“) schreitet immer weiter voran. Dadurch ist Ostfriesland, einschließlich des Landkreises Aurich mit seinen Gemeinden, zu einer Hochburg der AfD geworden. Diese Politik der Herrschenden und der Rechtsradikalen muss gestoppt werden!

Dieser Entwicklung stellen wir uns als ‚Die Linke‘ mit aller Kraft entgegen – Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und sonstige Diskriminierung haben hier keinen Platz – weder in unseren Herzen noch in Ostfriesland!

Es gibt Alternativen zur Spaltung und Entsolidarisierung: Teilhabe, Solidarität, Mobilität, Frieden, bezahlbares Wohnen, Bekämpfung von Armut und ein vielfältiges kulturelles Angebot. Wenn wir gemeinsam dafür eintreten, können wir ein Gegengewicht schaffen!

Deshalb möchten wir Ihnen im Folgenden unser Kommunalwahlprogramm näherbringen. Darin haben wir unsere Vorstellungen für eine gerechte Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander in Ostfriesland, dem Landkreis Aurich und seinen Städten und Gemeinden niedergeschrieben.

Wir laden Sie herzlich dazu ein, mit uns gemeinsam darüber zu diskutieren, sich gerne mit uns zusammen für die Umsetzung der Inhalte einzusetzen und dafür zu kämpfen. Nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf!

Eine gerechte Welt, ein solidarisches Land, eine Heimat, in der sich alle ‚Willkommen‘ fühlen und eine bürgernahe Kommune — das alles ist möglich!

Sie werden an der einen oder anderen Stelle des Programms merken, dass es unterschiedliche Verfasser*innen gibt, weshalb es zu thematischen Doppelungen kommen kann. Das ist so zu erklären, dass das Programm das Ergebnis der Arbeit mehrerer Arbeitsgruppen unserer Partei vor Ort ist. Uns ist es gelungen knapp 20 Mitglieder aktiv in die AGs einzubinden, die dann ihre Ergebnisse den Mitgliedern zukommen lassen haben und Änderungswünsche aufgenommen haben, die auf einer landkreisweiten Versammlung vorgestellt und diskutiert wurden. Auf dieser Versammlung wurde das Ihnen hier vorliegende Programm einstimmig angenommen. Damit ist es uns Linken in diesem demokratischen Verfahren gelungen, das Programm auf eine breite Basis zu stellen. So dient es uns als roter Faden unserer kommunalpolitischen Arbeit in der kommenden Legislaturperiode.

Stärkung von Bürgerrechten

Die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen an der Politik vor Ort sind nach wie vor völlig unzureichend, so gibt es z.B. kein Petitions- oder Antragsrecht für Bürger*innen. Beteiligungsrechte, wie Bürger*innenbegehren, sind kaum umzusetzen, wenn man nicht über Vermögen und/oder Verbindungen verfügt.

„Die Linke“ tritt dafür ein, dass die Hürden dafür herabgesetzt werden. Dazu gehört auch die weitgehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln. Wir treten dafür ein, dass Bürger*innenbegehren nicht mit juristischen Tricks ausgebremsst oder umgangen werden.

Das zunehmende – und aner kennenswerte - ehrenamtliche Engagement in den Kommunen darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern von Ehrenamtlichen abzuwälzen. Das Ehrenamt darf keine Arbeitsplätze ersetzen. Ehrenamtliche Helfer*innen benötigen hauptamtliche Strukturen, um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

Transparenz statt Politik im Hinterzimmer

Zu oft ist zu beobachten, dass Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Die Bevölkerung hat dabei das Gefühl, dass „ihre“ gewählten Vertreter*innen für die Dauer von Wahlperioden ohne Rückkopplung mit ihren Wählern regieren. „Die Linke“ steht hingegen für Transparenz politischer Entscheidungen und Verfahren, damit die Bürger*innen vor Ort diese jederzeit nachvollziehen können.

Um die Rathäuser und das Kreishaus „gläserner“ zu machen, setzt sich „Die Linke“ in den Gremien von Kreistag, Gemeinde-, Samtgemeinde- und Ortsräten unter anderem für die Bildung von öffentlich tagenden Unterausschüssen ein. Damit soll die Bürger*innenbeteiligung beispielsweise bei Bauvorhaben, wie dem Bau und der Nutzung von Spiel- und Sportplätzen, Schul-, KITA- und Krippenversorgung und vergleichbaren Inhalten (gemäß § 71 (1) NKommVG) verbessert werden. Diese Unterausschüsse dienen dazu, dass interner und externer Sachverstand aus der Bevölkerung bei o.g. Verfahren beratend tätig sein kann. So werden Entscheidungen transparenter, nachvollziehbarer und die Bedenken und Ratschläge von betroffenen Bevölkerungsgruppen werden besser mit einbezogen.

Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand

„Die Linke“ steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt „Die Linke“ grundsätzlich ab: Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr und Wasserver- und entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht den Profitwünschen privater Kapitaleigner.

Wir sagen Nein zur weiteren Liberalisierung zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge in unseren Kommunen.

Ja zur Rekommunalisierung

Privatisierungen haben gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren oder verteuern und zugleich Arbeitsbedingungen, sowie die Bezahlung der Beschäftigten, verschlechtern. Deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung vormals privatisierter Bereiche ein.

Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten (ÖPP) lehnen wir ab. Diese Projekte sollen Investoren profitable Anlagemöglichkeiten eröffnen und sind für die Kommunen im Endeffekt teurer als kommunale Lösungen — wie viele Beispiele in den vergangenen Jahren bereits belegen.

Aber auch dort, wo kommunale Gesellschaften, z. B. für Krankenhäuser, öffentlichen Wohnungsbau und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterworfen werden und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greifen, stellen sich die gleichen negativen Folgen ein.

Ein Beleg hierfür ist die fortgeschrittene Umsetzung des Baus der Zentralklinik in unserem Landkreis. So ist das Krankenhaus in Norden faktisch bereits geschlossen worden, das Emdener Krankenhaus ‚pfeift schon 2026 aus dem letzten Loch‘ und notwendige Investitionen im Bestand des Auricher Krankenhauses werden nicht mehr getätigt. Ärzt*innen und andere Fachkräfte im Gesundheitswesen sind überlastet und überlegen, ob sie den Job oder den Arbeitgeber wechseln.

Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich. Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratischer Einfluss notwendig:

Kommunale Betriebe müssen gegenüber allen gewählten kommunalen Mandatsträger*innen umfassend rechenschaftspflichtig werden. Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen müssen sichergestellt werden. Dazu gehört auch eine weitgehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln.

Im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung muss das Patient*innenwohl stehen

Der Bau der Zentralklinik ist nun im Jahr 2026 schon voll im Gange – das lässt sich nicht mehr stoppen. Der Kampf um die Beibehaltung von Bettenkapazitäten oder der Notfallversorgung in Norden, Emden und Aurich scheint verloren. Zusagen von politischen Vertretern und der Geschäftsführung des Klinikverbunds sind nicht eingehalten worden.

Beschlüsse bezüglich des Patient*innenwohls bleiben bisher aus — die Anbindung der künftigen Zentralklinik an den ÖPNV ist 2026 noch in der Diskussion und nicht abgesichert. Befriedigende Lösungen zu Fragen der Erreichbarkeit in unserer ländlichen Region, insbesondere vor dem Hintergrund der Schließungen von Hausärzt*innen- und Fachärzt*innenpraxen, bleiben aus.

Man denke an nicht mobilisierte oder ältere Menschen, Geringverdiener*innen, Alleinerziehende und Rentner*innen mit wenig Einkommen, denen Besuche immer mehr erschwert werden. Eine direkte und schnelle Anfahrt aus den umliegenden kleinen Ortschaften rund um die Städte Aurich, Emden, Wiesmoor und Norden ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln bisher nicht möglich.

Alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Aurich müssen die Möglichkeit behalten, auf schnellstmöglichem Weg ihre wohnortnahe Klinik, sowie ihre Ärzt*innen, Hebammen und Therapeut*innen zu erreichen!

Hierbei gilt es, Regionale Gesundheitszentren (RGZ) und Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu erhalten und bei Bedarf weitere aufzubauen, um die Notfallversorgung zu sichern. In der Konzeption ist die Anbindung an den ÖPNV und eine gute Erreichbarkeit zwingend mit zu berücksichtigen.

Darüber hinaus würde man damit die Attraktivität für die Ansiedlung neuer Haus- und Fachärzt*innenpraxen steigern. Eine Arbeit für Ärzt*innen im Angestellt*innenverhältnis würde so erleichtert werden.

Im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine Gesundheit statt Profite

Aufgrund der explodierenden Baukosten der Zentralklinik und der dadurch nicht krisenfesten Finanzierung, befürchtet ‚Die Linke‘ in Zukunft ein Einfallstor für weitere Einsparungen bis hin zur Privatisierung. Das müssen wir verhindern!

Für einen Landkreis Aurich, der Geschlechtergerechtigkeit lebt und Frauen* Sicherheit vermittelt

Von patriarchalen Strukturen Betroffene sind im Alltag einem System der Abwertung ausgesetzt, das maßgeblich von hegemonialer Männlichkeit getragen wird.

Es gab in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Verbesserung in Sachen Geschlechtergerechtigkeit, um diesem System entgegenzuwirken. Darauf können wir stolz sein, aber leider sehen wir gerade eher eine rückschrittliche antifeministische Entwicklung, die im Anbetracht der täglich stattfinden Gewalt gegen Frauen* besorgniserregend ist und alle Frauenrechtler*innen, die so hart für diese Verbesserungen gekämpft haben, mit Füßen tritt.

Toxische Männlichkeit und traditionelle Rollenbilder werden wieder salonfähiger und vor allem im digitalen Raum werden Hassparolen und Gewaltfantasien gegen nicht männlich gelesene Menschen immer ungehemmter geäußert.

Statt diese Gefahr für Frauen* zu sehen und sie in ihrem Kampf dagegen zu unterstützen, werden Frauen* von rechter Seite instrumentalisiert, um rassistische Hetze zu verbreiten. Dies erweckt den Anschein, dass Frauen*feindlichkeit ein importiertes Problem sei und kein männliches.

Dem stellen wir als ‚Die Linke‘ uns entschieden entgegen. Wir sehen das Problem und stehen an der Seite ALLER Menschen, die männliche Gewalt erfahren. Unser Feminismus ist antirassistisch. Unser Feminismus ist intersektional!

Wirtschaftliche Sicherheit und (unsichtbare) Arbeit

2025 lag der ‚Gender Pay Gap‘ (Lohnunterschied zwischen Frauen* und Männern) in Niedersachsen bei 16% - Frauen verdienten im Schnitt 4,10 Euro weniger Stundenlohn als Männer und gerade in Wittmund, Leer und Aurich liegen die Durchschnittsgehälter von Frauen weit unter dem anderer ländlicher Regionen. Frauen* fehlt es durch diesen Zustand oft an finanzieller Sicherheit, vor allem Frauen* im Alter sind zunehmend von Armut betroffen und meist abhängig von finanzieller Unterstützung seitens ihres Partners oder des Staates. Die Ursachen für dieses Ungleichgewicht sind vielfältig, wobei ein großer Faktor die überproportional von Frauen* verrichtete Sorgearbeit darstellt.

Wir als ‚Die Linke‘ im Landkreis Aurich fordern, dass aktiv Maßnahmen unternommen werden, die zu einer Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt führen:

- Aufwertung sozialer Berufe: Pflegekräfte, Erzieher*innen, Lehrkräfte, ..., diese Berufsfelder haben zwei Dinge gemeinsam, sie sind weiblich dominiert und unterfinanziert. Diese Menschen leisten sehr wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft und sollten sich nicht mit gelegentlichem Applaus zufriedengeben müssen. Wir werden sie auf kommunaler Ebene unterstützen und setzen uns für eine Erhöhung der Tariflöhne ein.
- Ausbau von ganztägigen und kostenfreien Kita-Plätzen: Da Mütter häufig den Löwenanteil der Kinderversorgung tragen, müssen sie oft beruflich zurückstecken und nehmen beispielsweise gezwungenermaßen häufiger Teilzeitjobs an als Väter. Die Entscheidung Mutter zu werden, darf nicht durch finanzielle Sorgen beeinflusst werden, deshalb fordern wir die Betreuungseinrichtungen für Kinder massiv auszubauen und vor allem kostenlos zugänglich zu machen. Dabei ist es wichtig die Kitazeiten auch an reale Arbeitszeiten anzupassen.

Schutz vor Gewalt

Frauen* sind in der Opferstatistik für Gewalt- und Sexualdelikte deutlich überrepräsentiert: Jede vierte Frau in Deutschland erlebt in ihrem Leben statistisch mindestens einmal Gewalt durch ihren Lebenspartner, jede dritte Frau erlebt statistisch mindestens einmal in ihrem Leben physische oder sexuelle Gewalt und fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau Opfer eines Femizids. In Niedersachsen sind es jährlich ca. 17000 Fälle häuslicher Gewalt. Wir als ‚Die Linke Aurich‘ erkennen, dass Gewalt gegen Frauen* ein strukturelles Problem ist und es dringend Investitionen zum Schutz von Frauen* und zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt geben muss.

Durch Unterschreiben der ‚Istanbul Konvention‘ hat Deutschland sich dazu verpflichtet etwas gegen Gewalt an Frauen* zu unternehmen, dazu gehört auch, dass ausreichend Frauenhausplätze zur Verfügung stehen, weshalb ein Ausbau der Strukturen unabdingbar ist. Es ist nicht tragbar, dass Frauen* (auch mit Kindern) – egal welches Aufenthaltsstatus‘ - die so mutig sind, sich Schutz zu suchen, abgewiesen werden können, weil keine Plätze in den Frauenhäusern frei sind oder die Frauenhäuser gezwungen sind, Zuständigkeiten zu regeln. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Unterbringung (inkl. der Anfahrt) im Frauenhaus kostenlos gewährleistet wird und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Um präventiv gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen, ist es wichtig, Beratungsstellen wie ‚bff‘ (Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe) und Projekte wie ‚FrauenLeben in Ostfriesland‘ finanziell abzusichern.

Um ‚Angsträume‘ zumindest symptomatisch zu bekämpfen, setzen wir uns u.a. für den Ausbau von Frauenparkplätzen und ausreichender Beleuchtung nach 22 Uhr ein.

Gesundheit von Frauen*

- Geburtshilfe: Der Notstand im Gesundheitssektor stellt uns auch im Bereich der Geburtshilfe vor große Herausforderungen. Die Wege zu Entbindungen werden in Ostfriesland immer länger und für einige Frauen* wird es schwierig werden, rechtzeitig medizinisch versorgt zu werden. Wir fordern flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit Hebammen und Geburtsstationen.

- Selbstbestimmung: ‚Die Linke‘ setzt sich für eine Streichung des Paragraphen 218 ein. Frauen* haben das Recht auf eine neutrale Beratungsstruktur und der Zugang zu Abtreibungen muss auch im ländlichen Raum gewährleistet sein.

Politische Teilhabe

Politische Ämter werden überwiegend von Männern bekleidet. In Anbetracht der Tatsache, dass sie nur knapp die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, herrscht hier eindeutig ein Ungleichgewicht, was dazu führt, dass die Perspektive der Frau* (un-)bewusst unsichtbar gemacht wird. Der Zugang für Frauen* in die politische Teilhabe wird oft erschwert. Durch das Ausüben von Sorgearbeit fehlt oft die Zeit aktiv mitzumachen, und von der Gesellschaft reproduzierte Rollenbilder ermöglichen Machtstrukturen, die Frauen* das Gefühl geben, nicht willkommen zu sein.

Es ist wichtig, dass wir uns für Frauen* in der Politik stark machen und ihnen aktiv eine Bühne geben. Darum setzen wir uns bspw. dafür ein, dass es möglichst eine Parität auf den Wahllisten von ‚Die Linke‘ gibt.

Außerdem fordern und unterstützen wir Ausbau und/oder Angleichung der zur Verfügung gestellten Ressourcen für Gleichstellungsbeauftragte im Landkreis Aurich und seinen Städten und Gemeinden und fordern zusätzlich ein Vetorecht für diese in Bezug auf Entscheidungen über Geschlechtergerechtigkeit.

LGBTQIA*

Queeres Leben existiert im Landkreis Aurich und in Ostfriesland nicht „trotz“ der Provinz – sondern in der Provinz. Es wird Zeit, dass Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit das endlich anerkennen. Queere Menschen sind keine Randgruppe, über die man nur im Wahlkampf spricht, sie sind ein Teil der Bevölkerung, arbeiten hier, zahlen Steuern und ziehen Kinder groß.

‚Die Linke‘ im Landkreis Aurich sagt ohne Relativierung: Queerfeindlichkeit im ländlichen Raum ist real. Unsere Antwort darauf sind keine bunten Symbolfotos, sondern konkrete Infrastruktur und echtes Geld.

Wir machen Schluss mit „für Queer ist unsere Kommune zu klein“. Unsere Kommune ist nicht zu klein – das Interesse der Politik war bisher zu klein!

Reale Infrastruktur statt Wohlfühl-Sätze

Ein freundliches Grußwort zum ‚Pride Month‘ ist keine Politik und dient lediglich PR-Zwecken. Wer Vielfalt will, muss dies auch im Haushaltsplan beweisen:

- Kommunale Fachstelle: Wir fordern für den Landkreis Aurich eine kommunal finanzierte Queer-Fachstelle mit mindestens eine tariflich finanzierte feste Vollzeitstelle. Beratungsarbeit darf nicht allein auf dem Ehrenamt lasten.
- Feste Budgetlinien: Unterstützung für queere Projekte darf keine „freiwillige Leistung“ sein, die bei knappen Kassen gestrichen wird. Wir fordern fest verankerte Mittel für wöchentliche Treffpunkte im gesamten Landkreis und eine anonyme Online-Beratung.
- Sichtbarkeit im Alltag: Wir wollen Sichtbarkeit das ganze Jahr über. Das bedeutet: Geschlechtsneutrale Verwaltungssprache, inklusive Formulare und die Regenbogenflagge an kommunalen Gebäuden zu relevanten Terminen, wie dem CSD.
- Unterstützung des CSDs: Der CSD ist ein wichtiger Tag für queere Menschen auf der ganzen Welt. Er steht für Sichtbarkeit und Akzeptanz und sollte gerade jetzt, wo Queer-

feindlichkeit immer salonfähiger wird, besonders unterstützt und geschützt werden. Den Organisator*innen dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden.

Queere Jugend ist keine Randgruppe

Ein sicheres Leben für queere Jugendliche muss auch im ländlichen Raum möglich sein und darf kein Großstadthema sein. Das „Bleiben-Können“ entscheidet sich in der Jugend.

- Schule und Aufklärung: Wir fordern an allen Schulen gut sichtbare Informationsecken zu LGBTQIA*. Peer-Projekte müssen feste Kalenderplätze bekommen, sie sollten nicht jedes Jahr aufs Neue um Fördermittel betteln müssen.

- Kompetenz in der Sozialarbeit: Wir fordern eine Fortbildungspflicht zum Thema LGBTQIA* für alle Sozialarbeiter*innen im Kreis. Gerade Jugendhäuser müssen garantierte Schutzräume sein.

- Förderung bestehender Gruppen: Erfolgreiche Projekte wie die Jugendgruppe „Baumhaus“ in Aurich müssen strukturell abgesichert und in ihrer Reichweite gestärkt werden.

Schutz vor Hetze und Gewalt

Queerfeindlichkeit ist keine Meinung und wird zunehmend zur Bedrohung für Menschen in der LGBTQIA* Community. Wir fordern, dass der Landkreis und die Sicherheitsbehörden hier genauer hinsehen.

- Hasskriminalität benennen: Queerfeindliche Taten müssen klar als Hasskriminalität kategorisiert und verfolgt werden.

- Sensibilisierung der Behörden: Wir setzen uns für verpflichtende Leitfäden und Fortbildungen für Personen aus dem öffentlichen Dienst ein, um zu sensibilisieren und den Opferschutz zu stärken.

- Meldestellen: Es braucht niedrigschwellige Meldestellen für Diskriminierung, die auch und gerade für Menschen erreichbar sind, die sich noch nicht geoutet haben.

- Besonderer Schutz für queere Geflüchtete: Queere Menschen mit Fluchtgeschichte dürfen nicht vergessen werden. Sie sind eine besonders vulnerable Gruppe. Deshalb braucht es dringend entsprechende Rückzugsräume in Unterkünften und geschultes Personal.

Queere Gesundheit und Altern

Die ländliche Struktur darf kein Nachteil für die gesundheitliche Versorgung von queeren Menschen sein.

- Fachberatung vor Ort: Wir fordern den Ausbau spezialisierter Beratungsangebote (z.B. für trans* Personen bzgl. Transition und Hormontherapie) im Landkreis Aurich. Betroffene sollten keine langen Strecken zurücklegen müssen, um Hilfe zu erlangen.

- Diskriminierungsfreie Pflege: Wir setzen uns für Konzepte zum „Queeren Altern“ in den Pflegeeinrichtungen des Landkreises ein. Niemand darf im Alter gezwungen sein, aus Angst vor Diskriminierung wieder in die Unsichtbarkeit zurückzukehren.

ÖPNV - sozial und ökologisch - Mobilität für alle

In der letzten Wahlperiode seit 2021 hat sich die Situation des ÖPNV in Ostfriesland, dem Landkreis Aurich und in seinen Städten und Gemeinden zwar verbessert, aber das Angebot ist leider immer noch nicht bedarfs- und alltagsgerecht. Vor allem auf den ‚Nebenstrecken‘ besteht noch Verbesserungspotential. Bei erhöhter Inflation einhergehend mit immer stärker ansteigenden Energiekosten sind Ticketpreise für die Bürger*innen schwer zu tragen.

Mobilität ist ein Grundrecht

Dabei ist individuelle Mobilität eine wichtige Grundlage der persönlichen Entfaltung für alle Menschen. Sie ist weit mehr als die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs. Daher ist die konsequente Umsetzung für ein soziales und ökologisches Verkehrssystem eine zentrale Herausforderung. Linke Verkehrspolitik umfasst stets eine starke soziale Komponente, denn Mobilität ist ein Grundrecht!

Wir verteuern nicht das Auto, gerade im ländlichen Raum wird dies auch weiterhin unverzichtbar sein. Es sollte aber — um die Innenstädte und Dörfer zu entlasten und als Beitrag für den Klimaschutz — so wenig genutzt werden müssen wie irgend möglich. Dazu braucht es Alternativen: Mehr Platz für Fußgänger*innen, Ausbau der Barrierefreiheit, bessere und mehr Radwege und ein starker, sozialer ÖPNV, der seinen Namen auch verdient. Die Verlagerung des Individualverkehrs auf Bus und Bahn, wo immer es möglich ist, ist unser Ziel.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass damit die Verkehrswende auch im Landkreis Aurich gelingen kann.

Das Rad ist gerade in unserem Raum auf kürzeren und mittellangen Strecken eine gute Alternative zum Autoverkehr, die auch schon von vielen Bürger*innen gerne genutzt wird. Um diese Fahrten komfortabler und sicherer zu machen, ist es nötig, die Radwege so auszubauen, dass auch Fahrräder mit Kinderanhängern und Erwachsenen-Dreirädern problemlos fahren können. Durch regelmäßige Wartungen wollen wir einen Rückfall der Straßenqualität in die Postkutschenzeit verhindern, damit Radfahrer nicht auf die Straße ausweichen müssen.

Unsere Eckpunkte für einen starken ÖPNV im Landkreis Aurich mit seinen Städten und Gemeinden

Wir fordern die konsequente und zeitnahe Umsetzung des Nahverkehrsplanes und Erweiterung des ÖPNV-Angebotes — möglichst auf eine halbstündige Taktung, vor allem in den Tagesrandzeiten und an den Wochenenden. Die Stärkung der Verbindungen in die Fläche ist unerlässlich. Erforderlich ist auch die Verbesserung der Anbindung von Aurich an den ÖPNV in Norden und Emden. Dem letzten Zug muss ein letzter Bus nach Aurich folgen.

„Die Linke“ setzt sich ein für

- eine Verbesserung des Tarifangebotes, inklusive einer besseren Taktung
- 24-Stunden-Ticket für den Bereich des VEJ (Verkehrsverbund-Ems-Jade) - für alle!
- eine bedarfsgerechte Anbindung — inklusive der Nebenstrecken — an bestehende Hochschulstandorte in der nordwestlichen Region (Emden, Leer, Wilhelmshaven und Oldenburg) für Auszubildende, FSJler*innen und Studierende, damit der Zwang zum Umzug vermieden werden kann,
- Erhalt des auf unsere Initiative hin eingeführten Jugendtickets und Ausweitung auf Auszubildende, FSJler*innen und Studierende,

- die Einführung eines Sozialticket für den Landkreis Aurich, das den Preis, orientiert am jeweiligen aktuellen Regelsatzanteil nicht übersteigen darf. Unser Ziel in Zusammenarbeit mit unseren anderen Kreisverbänden ist diese Einführung für den gesamten VEJ-Bereich.
- Barrierefreiheit und Fahrradmitnahme müssen zuverlässig sein. Technische Voraussetzungen für die Umsetzung sind bereits heute vorhanden und werden in anderen Kommunen bereits genutzt
- Zügig umgesetzt werden muss der Neubau des ZOB-Aurich an der Sparkassenarena. Der jetzige ZOB ‚platzt‘ gerade zu Stoßzeiten aus allen Nähten (ist nicht barrierefrei) und führt somit zwangsläufig zu Verspätungen im Fahrplan und zu Behinderungen der Busfahrer*innen bei Einhaltung ihrer Lenkzeitpausen.

Bedarfsgerechte Mobilität für alle Menschen

„Die Linke“ möchte statt unzureichender Rufbusse barrierefreie, komfortable „Stadtbusse“ auf festen Linien, mit einer bedarfsgerechten Taktung und längerer Bedienzeit, die auch abends und am Wochenende fahren.

Wir sind für eine spürbare Ausweitung von Tempo 30. Das soll zunächst mit Tempo-30-Zonen vor allen sensiblen Einrichtungen, wie z.B. vor Schulen oder Kindergärten beginnen und immer weiter ausgebaut werden.

Die geplante Ortsumgehung Aurich und das Vorhaben B 210n lehnen wir strikt ab, denn bei nur 14 % Durchgangsverkehr bringt sie keine innerstädtische Entlastung, verlagert nur Verkehr und zerstört die letzten ökologisch wertvollen und ortsbildprägenden Landschaften in Aurich.

Der Disco-Bus „Nachteule“ muss öfter fahren und mehr Orte anschließen.

Wir wollen zudem eine kommunale Förderung der Elektromobilitisierung und des Car-Sharing.

Lückenschluss der Gleisanschlüsse Aurich-Emden

Wir als „Die Linke“ wissen, dass der geplante Bahnanschluss Aurichs für Personenverkehr nach Emden und Norden derzeit kontrovers diskutiert wird. Gerade in Moordorf und in Teilen Südbrookmerlands regt sich Widerstand bei Bürger*innen. Diese Sorgen nehmen wir ernst – sehen aber diesen Lückenschluss als wichtigen, attraktiven Baustein für die Nutzung des ÖPNV.

Wir wissen, dass diese Position vor Ort nicht sehr populär ist, kritisieren aber gerade die Parteien und Wählergemeinschaften, die in der Vergangenheit die Verantwortung für die Verkehrsplanung im Landkreis und den dazugehörigen Kommunen hatten. Gerade sie sind es, die plötzlich vor den Kommunalwahlen ihre Stimmen am lautesten erheben. Die Wähler*innen haben auch hier zu entscheiden, wer noch einen Rest an Glaubwürdigkeit besitzt.

Wir haben uns schon seit über 15 Jahren offen für den Bahnanschluss Aurichs ausgesprochen und so gezeigt, dass wir mit unseren Forderungen und unserer konkreten Politik verlässlich sind.

„Die Linke“ befürwortet das Konzept einer zeitgemäßen „Regionalbahn“ zwischen den Städten Aurich, Norden und Emden, die mit nachhaltigem Antrieb betrieben wird.

Langfristig will „Die Linke“ erreichen, dass der ÖPNV überall gemeinwirtschaftlich organisiert wird, bestehende Unternehmen erhalten bleiben und Beschäftigte ihre Arbeitsplätze behalten.

Bezahlbares Wohnen in allen Kommunen – Wohnen ist ein Menschenrecht

Kommunaler Sozialwohnungsbau ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Preisgünstiger, moderner und energiesparender Mietwohnraum ist im Landkreis, insbesondere in der Stadt Aurich, sehr knapp. Investor*innen bauen keine günstigen Mietwohnungen, sondern lieber profitable Luxuswohnungen oder spekulieren mit ihrem Kapital am Wohnungsmarkt.

„Die Linke“ will mit kommunalen Einrichtungen wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Eigenbetrieben der Städte und Gemeinden preisgünstige Mietwohnungen bauen, kostendeckend vermieten, Altbauten sanieren und Wohnungen vermitteln.

„Die Linke“ hat dem Rat der Stadt Aurich nachgewiesen, dass geförderter Sozialwohnungsbau durch die Stadt selbst zu 100 % kostendeckend möglich ist, ohne dabei den Haushalt zu belasten. Mit Ihrer Stimme und veränderten politischen Mehrheiten können wir in der kommenden Wahlperiode unsere erfolgreiche Arbeit fortführen.

Für bezahlbaren Wohnraum

Der Wohnungsbau im Landkreis Aurich muss dringend ausgeweitet werden, denn alleine Aurich braucht bis 2030 rund 1.000 neue Mietwohnungen, wobei der größte Bedarf bei Sozialwohnungen besteht. Aber auch in den anderen Kommunen ist bezahlbarer Wohnraum knapp. So fehlen im Landkreis Aurich aktuell in 2026 mindestens 2500 bezahlbare Wohnungen.

Dabei müssen die Wohnungen bedarfsgerecht sein für Familien, Senior*innen, Menschen mit Behinderungen, Empfänger*innen von Transferleistungen (z.B. Bürger*innengeld/Grundsicherung), Alleinerziehende, Geringverdiener*innen und Singles.

Für die zunehmend alternde Gesellschaft wollen wir Senior*innen-WGs, Mehrfamilienhäuser und betreute Wohnanlagen schaffen. Wir wollen z.B. die ehemalige Bundeswehr-Kaserne umbauen zu einem modernen, grünen Stadtteil mit verschiedenen Wohnformen und vielfältigen kulturellen und sozialen Angeboten. Dieses Projekt ist durch die derzeitige Remilitarisierung unserer Gesellschaft bedroht, denn die Blücher-Kaserne, soll – wenn man den aktuellen Verlautbarungen Glauben schenkt - wieder durch die Bundeswehr genutzt werden.

Für all diese Aufgaben wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften einrichten. Sie sollen mit bereitliegenden Landesfördermitteln Sozialwohnungen bauen und zu einem Mietpreis von derzeit 6,80 €/qm (2026) vermieten.

Diese Wohnungsbaugesellschaften könnten zudem mit kommunalem Baulandmanagement die enormen Spekulationsgewinne bei der Umwandlung von Acker in Bauland abschöpfen und für die Gemeinschaft einsetzen. Damit könnte z.B. in neuen Baugebieten der Sozialwohnungsbau bezahlt werden.

Die Sozialwohnungen können kostendeckend finanziert und betrieben werden, staatliche Fördergelder bleiben dadurch in öffentlicher Hand und die Gemeinden und Städte vergrößern ihr kommunales Vermögen.

Ebenfalls wichtig: Durch viele kommunale Wohnungen würde ein Preissenkungsdruck auf private Mietwohnungen mit zu hohen Preisen entstehen, was letztlich allen Mieter*innen zugutekäme. „Die Linke“ wird sich in allen Kommunen, in denen sie vertreten ist, dafür einsetzen.

Aurich – Wohnungsbaugesellschaft ISA

Die in Aurich — auch durch unseren politischen Druck — neu gegründete Wohnungsbaugesellschaft ISA soll dieses Jahr mit dem Bau von günstigen Mietwohnungen – insbesondere Sozialwohnungen – beginnen. Dazu braucht die ISA endlich eigenes Personal, um die Wohnungsnot schnell zu bekämpfen.

Wir wollen zudem, dass die ISA weitere Aufgaben erfüllt:

- städtisches Baulandmanagement, dass die enormen Spekulationsgewinne bei der Umwandlung von Acker in Bauland abschöpft und für die Gemeinschaft einsetzt
- Baulanderschließung für günstige Baugrundstücke und Vergabe nach sozialen Kriterien
- Verpachtung von Bau- und Gewerbegrundstücken auf Erbpacht, damit junge Familien oder Unternehmen eigenes Immobilienvermögen aufbauen können.

Weitere Forderungen für die 'Die Linke' im Landkreis Aurich sowie seinen Städten und Gemeinden eintritt:

- Mindestens 30% Sozialwohnungen in neuen Bauprojekten, was in der Stadt Aurich durch unseren Antrag bereits umgesetzt wurde
- Schaffung eines (Re-)Kommunalisierungsfonds und Aufkauf von Grundstücken bei Nutzung von Vorkaufsrechten
- Förderung von Genossenschaften
- Begrenzung des Baus von Ferienwohnungen, sowie Verbot von ‚unangemeldeten und/oder illegalen‘ Ferienwohnungen

Lohndumping auch in den Kommunen bekämpfen

Grundsätzlich ist zu gewährleisten, dass die Aufgaben der Kommunen in vollem Umfang durch unbefristete, qualifizierte, sozialversicherungspflichtige und nach Tarif vergütete Arbeitskräfte erfüllt werden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den Kommunen müssen endlich der Vergangenheit angehören. Zumal sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit angemessener Bezahlung sowohl Kaufkraft als auch Steuereinnahmen generieren. Gute Arbeitsplätze gewährleisten zudem eine Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben. Befristete Arbeitsverhältnisse sind grundsätzlich abzulehnen, weil sie das Leben, insbesondere für junge Menschen, unplanbar machen.

- Stopp der Ausgliederung kommunaler Beschäftigung in Eigenbetriebe oder GmbH und ggf. Rückführung in die vorherige Betriebsform
- Einhaltung der Tariftreue
- Beschluss einer Vereinbarung der politischen Gremien im Landkreis mit seinen Städten und Gemeinden für eine Tariftreueeinhaltung

Handwerk in Ostfriesland stärken - Bodenständige Politik statt leerer Versprechen

Handwerk ist im Landkreis Aurich nicht nur ein Job, sondern ein Teil unserer kulturellen Identität. Doch während Konzerne Subventionen kassieren, kämpfen unsere hiesigen Familienbetriebe mit ausufernder Bürokratie und Fachkräftemangel. 'Die Linke' Aurich

setzt sich für eine Wirtschaftsförderung ein, die nicht nach der Größe des Unternehmens fragt, sondern nach dem Nutzen für die Menschen vor Ort. Wir wollen gute Arbeit, regionale Kreisläufe und eine starke Daseinsvorsorge.

Das Handwerk: Kommunale Hebel für Betriebe & Beschäftigte

Auf kommunaler Ebene können wir zwar keine Bundesgesetze ändern, aber wir können die Rahmenbedingungen vor Ort spürbar verbessern.

Für die Betriebe:

-Vergabe an lokale Betriebe: Wir fordern, dass öffentliche Aufträge des Landkreises (Schulsanierungen, Straßenbau) möglichst in kleineren Losen ausgeschrieben werden. So haben lokale Handwerksbetriebe eine Chance gegen Großkonzerne. Soziale Kriterien (Tariftreue, Ausbildung) müssen dabei Vorrang vor dem billigsten Preis haben.

-Entbürokratisierung im Rathaus: Wir setzen uns für eine „One-Stop-Agency“ in der Kreisverwaltung/Gemeinden ein. Handwerker*innen sollen für Bauanträge oder Genehmigungen nicht von Amt zu Amt rennen, sondern einen festen Ansprechpartner haben. Digitale Bauakten müssen im Kreis Aurich Standard werden. Wir wollen eine deutlich verkürzte Bearbeitungszeit von Anträgen erreichen!

Für die Arbeitnehmer*innen:

-Azubi-Ticket: Wer im Landkreis Aurich lernt, darf nicht am Fahrgeld scheitern. Wir fordern ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Auszubildenden im Landkreis als Ausweitung des Jugendtickets, um sie sowohl für den Arbeitsweg als auch für die soziale Teilhabe abzusichern. Somit halten wir junge Fachkräfte in Ostfriesland und verhindern ihr Abwandern.

-Meister-Prämie kommunal ergänzen: Wir schlagen einen kommunalen Bonus für Handwerker*innen vor, die im Landkreis bleiben und hier ihren Meister machen oder einen Betrieb übernehmen, um den Landkreis Aurich zu einem attraktiven Standort für Handwerker*innen zu machen. Ergänzend regen wir an, dass die Kommunen bestehende Möglichkeiten ausschöpfen und einen finanziellen Zuschuss für die Möglichkeit bereitstellen, Nachwuchskräften den Einstieg in die Meisterschule zu erleichtern.

Grüne Energie als Chance für das Handwerk

Der Ausbau von nachhaltiger Energie, wie Windkraft und Photovoltaik im Kreis Aurich muss einen Mehrwert für die Menschen vor Ort haben.

-Bürgerenergie & Handwerk: Wir wollen, dass die Wartung und der Bau, von erneuerbaren Energieanlagen, genauso so wie andere Projekte im Landkreis, bevorzugt durch regionale Fachbetriebe erfolgt.

-Kommunales Förderprogramm: Wir fordern ein Förderprogramm für die energetische Sanierung von Altbauten, das explizit die Beauftragung lokaler Handwerksbetriebe bezuschusst. Wir möchten zum einen, dass bestehende Fördermittel von der EU-, Bundes- und Landesebene akquiriert werden und zum anderen setzen wir uns dafür ein, dass die kommunalen Verwaltungsspitzen von den Räten und dem Kreistag ggf. dazu beauftragt werden, sich in ihren Spitzengremien politisch für mehr derartige Programme einzusetzen. Dabei muss darüber hinaus die Zusammenarbeit mit Abgeordneten des EU-Parlaments, des Bundestags und des Landtags gesucht werden.

Kostenlose Kinderbetreuung für alle

Nach wie vor müssen im Landkreis Aurich und seinen Städten und Gemeinden Eltern bzw. Erziehungsberechtigte für die Betreuung ihrer Kinder in Krippen und Horten sehr unterschiedliche Entgelte zahlen. Solange die absolute Kostenfreiheit für alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen noch nicht durchgesetzt werden kann, setzt sich 'Die Linke' dafür ein, dass die Beitragshöhe landkreisweit angepasst wird. Dabei ist darauf zu achten, dass die Staffelung der Beiträge vor dem Hintergrund, gerade in diesen Krisenzeiten sinkender Reallöhne, regelmäßig angepasst wird. Kinderbetreuung darf auf keinen Fall eine Frage des Geldbeutels sein.

'Die Linke' setzt sich weiterhin in den Kommunalparlamenten dafür ein, dass ein wohnortnahes und bedarfsorientiertes Kita- und Krippenangebot vorgehalten wird. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz muss dabei ebenfalls wohnortnah gewährleistet sein. 'Die Linke' setzt sich für Öffnungszeiten ein, die sicherstellen, dass Eltern oder Erziehungsberechtigte die Möglichkeit haben, einer Beschäftigung nachzugehen. Wir stellen uns dabei einen bedarfsorientierten Zeitkorridor vor, der auch die Tagesrandzeiten beinhaltet.

In den Kitas soll auch bei abnehmender Kinderzahl das Personal beibehalten werden, um eine bessere Betreuung der Gruppen zu gewährleisten. 'Die Linke' fordert dabei, dass der Fachkräfteanteil deutlich erhöht wird, um die Qualität der Betreuung zu gewährleisten. Dabei müssen Land und Bund die kommunalen Träger der Einrichtungen finanziell spürbar entlasten.

Die Qualität des Essens in den Kitas und Krippen ist ein wichtiger Grundbaustein für die Entwicklung unserer Kinder. Deshalb legen wir Wert auf gesunde und vollwertige Mahlzeiten. Sie sind möglichst vor Ort zuzubereiten und sollten kostenlos sein. Um die Frische der Nahrungsmittel zu gewährleisten, setzen wir uns für die Verwendung möglichst regionaler und saisonaler Produkte ein.

Bildung muss Chancengleichheit garantieren

Wir bleiben dabei: Eine gute Bildungspolitik auf kommunaler Ebene ist für 'Die Linke' eine entscheidende Basis für den späteren beruflichen Erfolg von jungen Menschen. Sie muss ihnen aber auch ein Gefühl der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft geben, sie zur eigenen Entfaltung ermutigen und ihnen demokratische Werte vermitteln.

'Die Linke' steht für ein anderes Schulkonzept: Individuelle Förderung statt Auslese. Es muss sichergestellt werden, dass Fachpersonal Schüler*innen mit Beeinträchtigungen und/oder besonderen Begabungen fortlaufend unterstützt und begleitet. Hierfür sind zusätzliche finanzielle und personelle Mittel bereitzustellen.

Inklusion darf kein Begriff für Einsparungen sein oder als gescheiterte Ideologie in der Bildungspolitik abgewertet werden.

Inklusion ist ein Menschenrecht!

Die bisherigen Erfahrungen der noch bestehenden Förderschulen müssen mittelfristig in die Bildungsarbeit der bestehenden allgemeinbildenden Schulen integriert und dort genutzt werden. 'Die Linke' unterstützt hierbei Initiativen für eine pädagogische Neuaufstellung der Schulangebote im Landkreis Aurich. Inklusiver Unterricht muss intersektional gedacht werden.

Kostenloses, vom Schulträger organisiertes Essen aus nachhaltigem und regionalem Anbau muss zum Standard jeder Bildungsstätte gehören. So wollen wir Eltern zeitlich

und finanziell entlasten und Schülern ein gesundes Mittagessen garantieren. Kein Kind sollte hungrig lernen müssen!

Schulen müssen flächendeckend mit Computern/Tablets und Breitbandinternetanschlüssen, mit kostenfreiem Zugang für Schulen und ihre Schüler*innen, ausgestattet werden. Wir fordern vom Land Niedersachsen, dass es ausreichend Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer*innen im Bereich der digitalen Lehre bereitstellt. Beschäftigungsverhältnisse von Lehrer*innen mit befristeten Verträgen (inkl. der sog. Seiteneinsteiger*innen) und ohne Gehaltszahlung in den Ferien lehnen wir ab.

Bundeswehr raus aus den Schulen

Schulen und andere Bildungseinrichtungen sind ein Schutzraum für junge Menschen. Deshalb sind diese kein Ort für Lobbyist*innen und erst recht kein Rekrutierungsfeld für die Bundeswehr. Panzer und Militärgerät gehören in den Geschichtsunterricht und nicht auf Schulhöfe und Berufsbildungsmessen. Ähnlich kritisch sehen wir „Lehrmaterial“, das Unternehmen und Wirtschaftsverbände den Schulen kostenlos zur Verfügung stellen, um die Schüler in ihrem Sinne zu beeinflussen.

‘Die Linke’ setzt sich für eine Ausweitung der Schulsozialarbeit ein und fordert eine Mindestanzahl von Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen an Schulen im Landkreis Aurich.

Lernen ist ein lebenslanger Prozess, daher wollen wir auch die Kreisvolkshochschule mit ihren Standorten in Aurich und Norden stärken. Sie muss finanziell besser ausgestattet werden und das Personal an beiden Standorten muss für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden.

‘Die Linke’ setzt sich für den Erhalt von Grundschulstandorten ein. Die Umsetzung des Konzepts der verlässlichen Grundschule ab dem Schuljahr 2026/2027 muss sichergestellt werden. Umfassende Ganztagsangebote und eine Betreuung durch pädagogische Fachkräfte bis in den Nachmittag haben Priorität.

Wir unterstützen ein langes gemeinsames Lernen. Daher lehnen wir das gegliederte und antiquierte Schulsystem ab und unterstützen den Ausbau der Integrierten Gesamtschulen im Landkreis Aurich. Die Förderung der Gymnasien soll zugunsten der Einrichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen zurückgeschraubt werden.

‘Die Linke’ kritisiert die bisherige, oftmals halbherzige Politik der Mehrheiten des Kreistages und der Gemeinderäte, die im Ergebnis das gegliederte Schulsystem gestärkt hat und die Integrierten Gesamtschulen verkommen lässt.

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sichern

Im Mittelpunkt linker Politik stehen die Schaffung sozialer Gerechtigkeit und die Umverteilung von Reichtum von oben nach unten. Auch auf der kommunalen Ebene achtet ‘Die Linke’ darauf, dass sichergestellt wird, dass Menschen in Armut oder Menschen mit Behinderung(-en) genauso am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Gerade in der ländlichen Region mit einem verbesserungswürdigen ÖPNV ist dies vor dem Hintergrund meist längerer Wege von zentraler Bedeutung.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass zum einen die öffentliche Hand ausschließlich Veranstaltungen bezuschusst, bei denen die Veranstalter*innen einen mindestens fünfzigprozentigen Nachlass für die genannten Personengruppen zusagen und die Teilnahme barrierefrei ermöglichen.

Teilhabe an Kultur und Bildung für Alle

Die sehr erfolgreichen Einrichtungen Kunstschule, das ‚MachMitMuseum‘ und die Stadtbibliothek in Aurich sollen weiter ausreichend finanziell und personell unterstützt werden. Gleiches gilt für die öffentlichen Bibliotheken, Theater und Musikschulen im gesamten Landkreis Aurich.

Auch die Förderung und Unterhaltung von Jugendzentren und Skaterhallen/Skaterparks als Bestandteile von Teilhabe und Demokratisierung ist uns wichtig.

Des Weiteren sollen bei Bauvorhaben und bei der Nutzung von brachen Flächen, der Bau von Spielplätzen und Treffpunkten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit bedacht werden.

Für ältere und/oder behinderte Menschen wollen wir Konzepte für unterstützende Dienstleistungen wie z.B. Einkaufshilfe, Begleitung oder behindertengerechte Transporte entwickeln und bestehende Initiativen unterstützen.

‘Die Linke’ will möglichst kostenlosen Eintritt für kommunale Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und (Sport-)Vereine. Wir fordern zudem die kostenlose Nutzung des Internets an öffentlichen Plätzen durch Schaffung frei zugänglicher Hotspots.

Bürger*innen des Landkreises Aurich müssen kostenlosen Zugang zu den Küstenabschnitten des Landkreises und den dazugehörigen Stränden erhalten. Um Empfänger*innen von Transferleistungen den Besuch der dem Landkreis Aurich zugehörigen Inseln zu ermöglichen soll der Landkreis Aurich eine Ermäßigung der Überfahrtkosten gewähren.

Partizipation und Engagement von Kindern und Jugendlichen fördern

‘Die Linke’ setzt sich für eine Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ein – nicht nur auf der Bundes- oder Landesebene, sondern auch vor Ort in den Städten und Gemeinden des Landkreises Aurich.

Kinder und Jugendliche sind Expert*innen für alles, was ihr Lebensumfeld, ihre Aktivitäten und ihr bürgerschaftliches Engagement angeht. Es gibt viele Beispiele, in denen das Engagement und der Einsatz von ihnen Verbesserungen im Wohnumfeld, in den Jugendzentren oder anderen Treffpunkten geschaffen hat.

Entscheidend ist, dass die sogenannten politischen Entscheidungsträger nicht nur zuhören, sondern mit ihnen auf Augenhöhe kommunizieren und Meinungen und Ideen ernst nehmen.

Nicht bei Jugendparlamenten stehenbleiben – Partizipation bedeutet mehr

‘Die Linke’ fordert daher, dass im Landkreis, den Städten und Gemeinden zunächst flächendeckend ‚Jugendparlamente‘ eingerichtet werden und Kinder und Jugendliche in den Fachausschüssen beratend mitarbeiten können.

Unser Anspruch ist hiermit allein aber nicht erfüllt. Wir setzen uns in den ‚Kommunalparlamenten‘ aktiv dafür ein, dass Kinder und Jugendliche zu allen Bauvorhaben, Dorferneuerungsmaßnahmen, strukturellen Änderungen bei Dorfgemeinschaftshäusern, anderen Treffpunkten, Schulen und Jugendzentren und allen anderen sie betreffende Vorhaben beteiligt werden.

Hierzu können unter anderem ‚Unterausschüsse‘ von existierenden Fachausschüssen gebildet werden, die deren Arbeit beratend unterstützen. Die Geschäftsordnungen der

Stadt-, Gemeinde- und Ortsräte sollen Kindern und Jugendlichen obligatorisch Rede-
recht gewähren.

‘Die Linke’ unterstützt zudem die Selbstorganisation von fortschrittlichen und demokra-
tiefördernden Initiativen von Kindern- und Jugendlichen.

Kinder und Jugendliche brauchen Räume im übertragenden und wörtlichen Sinne. ‘Die
Linke’ unterstützt sie dabei nach Kräften.

Andere Punkte zur Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen finden sie in
diesem Programm auch in anderen Kapiteln (z.B. Kultur, ÖPNV, Teilhabe u.a.).

Selbstbestimmtes Leben auch im Alter ermöglichen

Unsere Bevölkerung wird älter, aber wer alte Menschen als „Kostenfaktor“ diffamiert,
von Rentenlasten schwadroniert und „explodierende altersbedingte Kosten im Ge-
sundheitswesen“ problematisiert, der spielt die Generationen gegeneinander aus. Das
ist in verletzender Weise respektlos gegenüber der Lebensleistung derjenigen, die als
heutige Rentenbezieher*innen den Wohlstand erarbeitet haben, in dem wir heute leben
können. Und das nur, um noch mehr Geld in die Taschen von Banken und Unterneh-
men der Versicherungsbranche umzuleiten.

‘Die Linke’ weist darauf hin, dass ein selbstbestimmtes Leben, auch im Alter, als Quer-
schnittsthema zu verstehen ist. Die hierzu gehörenden inhaltlichen Punkte finden Sie
vor allem in den Abschnitten Wohnen, Teilhabe, Mobilität/ÖPNV und Förderung von
Kultur.

Tourismus mit Bedacht weiterentwickeln

Die Bedeutung des Tourismus für die Entwicklung unserer Region wird stetig größer.
So hat sich der Tourismus im Landkreis Aurich zu einem bedeutsamen Wirtschaftsfak-
tor entwickelt. ‘Die Linke’ setzt sich für eine Weiterentwicklung ein, die stärker als bis-
her soziale und ökologische Gesichtspunkte miteinander verbindet und als Leitbild die
Planungen im gesamten Landkreis zusammenführt.

Auch im Tourismussektor gilt, dass wir keine Großprojekte benötigen, sondern die vor-
handene Infrastruktur modernisieren müssen, so dass sie in allen Bereichen familien-
gerecht, bezahlbar und barrierefrei ist und mehr Angebote im Sektor des „sanften“ Tou-
rismus, beispielsweise für Wasser-, Radwanderer bereithält. Dafür muss der ÖPNV
durch eine Mitnahmegarantie für Fahrräder so attraktiv gestaltet werden, dass Touris-
ten gerne auf ihr Auto verzichten, um unsere schöne Landschaft zu entdecken. Die Er-
reichbarkeit der Region mit der Bahn muss für Touristen verbessert werden, insbeson-
dere der Anschluss Aurichs und die Idee der Wiedereinrichtung einer Küstenbahn.

Dazu gehört aber auch, das typisch ostfriesische Landschaftsbild zu bewahren und auf
die Zerstörung von Wallhecken, Biotopen und Mooren zu verzichten. ‘Die Linke’ setzt
sich auch im Tourismus für gute Arbeit ein. Ein schöner Urlaub in intakter Umwelt mit
attraktiven Angeboten darf niemals mit Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingun-
gen einhergehen.

Die Förderung des Tourismus darf nicht dazu führen, dass, durch die Schaffung von
immer mehr Ferienhäusern und Ferienwohnungen, für die Anwohner*innen des Land-
kreises kein ausreichender Wohnraum mehr vorhanden ist und eine weitere Zersiede-
lung der Ortschaften stattfindet.

Eine Vision zur Reaktivierung und Pflege der Kanäle und Tiefs im Landkreis Aurich

Vorab möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass uns bewusst ist, dass Kanäle und Tiefs aktuell primär der Entwässerung dienen. Es ist klar, dass die Gewässerunterhaltung derzeit durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) organisiert ist. Er ist in regionale Siel- und Schöpfwerksverbände organisiert. Das soll uns aber nicht davon abhalten, hier unsere Vision für eine Reaktivierung der ursprünglichen Nutzung unserer Kanäle und Tiefs zu formulieren. Wir bitten Sie darum, sich auf unser Gedankenspiel einzulassen. Denn wir glauben, dass es ohne mutige Visionen, gerade angesichts des Klimawandels, keine ausreichende Veränderung geben kann.

Ostfriesland ist aus historischen Gründen mit vielen künstlichen Wasserwegen, den Tiefs, durchzogen.

In der Vergangenheit wurden, in Ermangelung an befestigten Straßen und Wegen, über diese Tiefs die Dörfer mit Waren versorgt und eigene Produkte verschifft.

So hatte zum Beispiel in der Krummhörn fast jedes Dorf einen Stigt, also einen Anleger wo teilweise täglich ein Loogschipper, ein Dorfschiffer anlegte, um Torf oder andere Waren ins Dorf zu bringen, sowie auch Waren aus dem Dorf auswärts zu veräußern. Sie waren ein fester Bestandteil des Dorflebens für lange Zeit und ihre Bedeutung ist ihnen kaum noch anzusehen.

‘Die Linke’ setzt sich dafür ein, die Wasserwege aus der Vergessenheit herauszuholen. So können diese Wege, auch in moderner Zeit wieder als Verkehrswege und Freizeitangebote für Anwohner, aber auch als Angebot für den sanften Tourismus (‘Wasserwanderer’) dienen.

Gleichzeitig ist die Pflege der Kanäle auch ein lohnender wichtiger Beitrag für die Landentwässerung, ohne die ein Leben in Ostfriesland heute gar nicht möglich wäre.

Als ‘Die Linke’ ist uns bewusst, dass dieses Ziel nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. ABER wir alle wissen, dass der Klimawandel zu immer mehr Starkregen, mehr Sturmfluten und ansteigendem Meeresspiegel führt. Warum dann nicht auch ‘alte’ neue Ideen aufgreifen, die wie hier zum Beispiel das Entwässerungssystem deutlich entlasten helfen und dabei das Wasserwegenetz ausbauen helfen?

Förderung ostfriesischer Kultur und plattdeutscher Sprache

Ostfriesische Kultur und plattdeutsche Sprache haben eine lange Geschichte und sind traditions- und identitätsstiftend für viele Menschen in Ostfriesland und im Landkreis Aurich.

Deshalb will ‘Die Linke’ im Landkreis Aurich diese Geschichte und Tradition erhalten und fördern. Konkret bedeutet das für uns:

- (Finanzielle) Förderung von Sprachkursen auch in Schulen, Kulturveranstaltungen, lokalen und plattdeutschen Medien, etc.
- Stärkung der ‘Ostfriesischen Landschaft’
- Erhalt historischer Gebäude und Landschaften
- Unterstützung und Förderung von Museen, Kulturvereinen, etc.

Jede Kultur ist schützenswert! Deshalb ist es wichtig, Begegnungsorte zu schaffen, um Kultur miteinander zu leben, zu erleben und vor allem zu teilen - denn davon profitieren alle, ook wi Ostfreesen!

Willkommenskultur für Geflüchtete statt Ausgrenzung

Im Rahmen der sogenannten ‚Flüchtlingskrisen‘ haben auch viele Geflüchtete unsere Region erreicht. Die Integration der Betroffenen wird zuweilen erschwert. Grund dafür sind unter anderem fehlende Sprachkurse – dies wird durch die Streichung von Mitteln durch die Bundesregierung, derzeit bestehend aus CDU und SPD, zusätzlich verschärft.

Darüber hinaus wird Geflüchteten in der Regel der Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Beispiel durch nicht erteilte Arbeitserlaubnis, erschwert.

Für die Bezieher von Transferleistungen wie dem Asylbewerber*innenleistungsgesetz wurde die sogenannte ‚Bezahlkarte‘ eingeführt, die den Kommunen zusätzliche Kosten beschert und den Betroffenen die Einkäufe, Teilhabe und die Nutzung des ÖPNV erschwert. Diese Schikane ist stigmatisierend und falsch!

Des Weiteren führt die katastrophale Situation auf dem Wohnungsmarkt dazu, dass Geflüchtete mit anderen Wohnungssuchenden um Wohnungen konkurrieren. In der Konsequenz werden sie dann von einigen skrupellosen Vermieter*innen in menschenunwürdigen Behausungen (Schimmelbefallen, Ungezieferbefallen etc.) einquartiert.

‘Die Linke’ setzt sich auf der kommunalen Ebene ein für:

- den Kampf um die Abschaffung der ‚Bezahlkarte‘
- die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in der Flüchtlingshilfe
- die Ausweitung des Sprachkursangebots
- die Ausweitung einer professionellen Flüchtlingssozialarbeit
- eine menschwürdige Unterbringung von Geflüchteten

Erinnerungskultur bewahren und ausbauen – Kein Platz für Nazis, Rassist*innen und Antisemit*innen

Wir stehen dazu: ‚Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!‘ In diesem Sinne stellen wir uns gegen den Rechtsrutsch und die Angriffe auf Zivilgesellschaft, Menschenwürde und Erinnerungskultur.

Die AfD hat sich in den letzten Jahren in Ostfriesland, mit Wahlergebnissen teilweise über 30 %, eine Basis erarbeitet, die – wenn die Zivilgesellschaft nicht stärker dagegen kämpft – auch im Landkreis Aurich punktuell mehrheitsfähig sein wird. Die Auswirkungen wären katastrophal!

Gerade vor dem Hintergrund einer deutlichen Zunahme rechter Gewalt und eines erstarkenden Antisemitismus und Rassismus, muss diese Gefahr bekämpft werden. Als ‘Die Linke’ werden wir in unserer Region nicht die Augen vor diesen Gefahren verschließen!

Unsere Partei sieht sich dem Antifaschismus verpflichtet und stellt sich Nazis und Rechtspopulist*innen in den Weg. Sie unterstützt antifaschistische Initiativen und Verbände und sucht Bündnisse mit ihnen. Wir werden überall dort zu finden sein, wo es gilt, Politik und Aktionen von Nazis, Rechtspopulist*innen, Antidemokrat*innen, Antise-

mit*innen und Rassist*innen zu stören oder zu verhindern - auf der Straße und in den Kommunalparlamenten.

Ein weiterer wichtiger Baustein und eine der Lehren aus Auschwitz sind Bewahrung und Ausbau der Erinnerungskultur. Im Landkreis Aurich gibt es mehr als 15 Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors – seien es die Hinweise auf die Existenz von jüdischen Friedhöfen oder die Hinweise auf ehemalige Synagogen in Aurich, Norden, Dornum, Norderney, die Mahnmale für das KZ-Außenlager in Engerhufe, Erinnerungen an ehemalige Widerstandskämpfer*innen oder auch die Stolpersteine, die man vielerorts auch bei uns in Ostfriesland finden kann.

Vor dem Hintergrund des 2030 anstehenden 85. Jahrestages der Befreiung vom Hitler-Faschismus, wirkt 'Die Linke' darauf hin, dass die Aktivitäten für diesen Jahrestag auch von Seiten des Landkreises und seiner Kommunen initiiert und gefördert werden.

Dazu sollen:

- die Schulen aufgefordert werden, entsprechende thematische Projektwochen durchzuführen;
- antifaschistische Stadtrundgänge in Aurich, Norden und Dornum angeboten werden;
- die historische Aufarbeitung jüdischen Lebens im Landkreis Aurich fortgeführt werden;
- die institutionelle Förderung der KZ-Gedenkstätte-Engerhufe dauerhaft und bedarfsgerecht ausgebaut und abgesichert werden;
- eine Gedenkschrift zu den bereits existierenden Gedenk- und Erinnerungsstätten, Widerstands-kämpfer*innen, sowie zu Täter*innen (exemplarisch) unter Einbeziehung der Ostfriesischen Landschaft erstellt werden;
- neonazistische Straftaten erfasst und veröffentlicht werden;
- antifaschistische, antirassistische Initiativen fortlaufend unterstützt werden.

Bestehende Denkmäler aus der Zeit des Nationalsozialismus sollen mithilfe von Hinweistafeln gekennzeichnet werden und eine historische Einordnung erfolgen (z.B. das Torfgräberdenkmal - „Dem Arbeiter der Stirn und der Faust“ - in Wiesmoor).

Für 'Die Linke' ist klar: Keinen Fußbreit dem Faschismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft!

Tierschutz, Ernährung, Umwelt, Landwirtschaft und Nachhaltigkeit

Für 'Die Linke' ist soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und eine Veränderung hin zu einer solidarischen Gesellschaft untrennbar mit Tierschutz, Ernährung, Umwelt, Landwirtschaft und Nachhaltigkeit verbunden. Klimagerechtigkeit ist eine Klassenfrage!

Schutz der Biodiversität

Eine ökologische Agrarwende fördert nachhaltige Anbaumethoden, die die Biodiversität schützen und die Bodenfruchtbarkeit erhalten. Davon profitieren wir alle.

Nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung

Eine ökologische Landwirtschaft, die den Tierschutz berücksichtigt, schafft einen positiven Kreislauf: Gesunde Tiere tragen zur Bodenfruchtbarkeit bei (z.B. durch Mist), was

wiederum eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion ermöglicht. Diese methodischen Ansätze sind sowohl für die Umwelt als auch den Tierschutz vorteilhaft.

Tierschutz als Teil einer ganzheitlichen Landwirtschaft

Indem Tierschutz in die Praxis integriert wird, wird eine ganzheitliche Landwirtschaft gefördert, die die Wechselwirkungen zwischen Umwelt, Tieren und Menschen berücksichtigt. Diese Ansätze tragen zur Erhaltung der ökologischen Balance und Reduzierung von Umweltauswirkungen bei.

Davon profitieren mittel- und langfristig auch die Landwirt*innen. Ihre Arbeit stellt so einen unverzichtbaren Schutz für die Kulturlandschaft, die Natur und für unsere Versorgung dar.

Soziale Gerechtigkeit für unsere Bäuer*innen

Soziale Gerechtigkeit muss auch für die Landwirt*innen gelten. Sie sind oft einem enormen Preisdruck ausgesetzt, was zu schlechteren Einkommensverhältnissen führt. Faire Preise sind entscheidend, um die Arbeit der Landwirt*innen wertzuschätzen und sicherzustellen, dass sie von der Arbeit leben können.

Nur eine sozialverträgliche Agrarwende kann Arbeitsplätze, besonders in der ländlichen Region, dauerhaft sichern und schaffen. Das trägt zu einer Stärkung der lokalen Wirtschaft bei.

Ernährungssicherheit und Regionalität

Wir alle erleben immer mehr, dass die Abhängigkeit in der Nahrungsmittelproduktion vom außereuropäischen Ausland stärker wird und die Lieferketten auch in der Agrarwirtschaft immer länger werden. Dem wollen wir etwas entgegensetzen.

Eine ökologische Agrarwende fördert den regionalen Lebensmittelanbau, was die Abhängigkeit von globalen Lieferketten verringert und die Resilienz bei Krisen erhöht.

Gesunde Nahrungsmittel:

Ökologisch angebaute Nahrungsmittel sind oft gesünder, da sie weniger chemische Rückstände enthalten. Eine gesunde Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes Leben und kann langfristig Gesundheitskosten für die Gesellschaft senken.

Gesellschaftliche Verantwortung

Die Bäuer*innen dürfen nicht allein gelassen werden. In einer zu schaffenden solidarischen Gesellschaft wollen wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen, sondern unsere lokale Landwirtschaft verteidigen und fördern.

Kultureller und historischer Bezug – Erhalt und Förderung dörflicher Struktur

Die Landwirtschaft in Ostfriesland ist oft eng mit der Kultur und Tradition verbunden. Eine verantwortungsvolle Agrarpolitik sichert nicht nur die Nahrungsversorgung, sondern auch das kulturelle Erbe und die Identität von Gemeinschaften.

Wir unterstützen Bestrebungen, das Leben in der ländlichen Region attraktiv zu gestalten, Infrastruktur zu erhalten und dort, wo sie zerschlagen wurde, sie wieder aufzubauen. Dabei unterstützen wir Initiativen und Projekte für den Erhalt und die Schaffung von zum Beispiel Treffpunkten und Dorfläden.

Engagement für die nächste Generation

Eine nachhaltige und gerechte Agrarwende ist eine Investition in die Zukunft. Sie gewährleistet, dass zukünftige Generationen Zugang zu gesunden Lebensmitteln und einer lebenswerten Umwelt haben.

Ethische Verantwortung

Eine Landwirtschaft, die den Tierschutz ernst nimmt, erkennt die ethische Verantwortung an, Tiere in der Landwirtschaft bedarfsorientiert zu halten. Diese Verantwortung fördert nicht nur das Wohl der Tiere, sondern reflektiert auch die Werte einer Gesellschaft, die Respekt vor Lebewesen zeigt.

Rückblick und Ausblick

Nun sind wir am Ende unseres Wahlprogramms für die Kommunalwahlen 2026 angekommen. Für uns wird es ein Leitfaden für unsere politische Arbeit für die Jahre 2026 – 2031 sein. Darauf können Sie sich verlassen!

Das war auch in den vergangenen fünf Jahren so. Sie konnten uns als verlässliche Partner*innen von außerparlamentarischen Gruppen erleben, der sich aktiv an zahlreichen Aktionen beteiligt – sei es an den CSDs, an antifaschistischen Aktionen und Gedenktagen, an Solidaritätskundgebungen und Demonstrationen für Geflüchtete oder für internationale Solidarität. Wir unterstützten auch die Arbeit von Erwerbsloseninitiativen und Vereinen. Außerdem finden Sie uns auf Kundgebungen, wie zum ersten Mai.

Außerparlamentarische Initiativen haben wir in unsere Arbeit in den Kommunalparlamenten integriert, sie thematisiert und ihnen damit Gehör verschafft. Egal ob Wohnen, sozialer Wohnungsbau, die bessere Ausstattung und Sicherung von Erwerbsloseninitiativen, der Kampf für die gerechte Bezahlung von Schulbegleiter*innen oder von sog. ‚Tageseltern‘, die kostenlose Beförderung von Schüler*innen und AZUBIS im ÖPNV, eine bessere Kultur-, Jugend- und Sportförderung, der Schutz unserer Natur, der Ausbau des Radwegenetzes, die Wiederbelebung der Bahnverbindung Aurich - Emden oder die Kritik an der ‚Bezahlkarte‘ für Geflüchtete sind nur einige der Themen gewesen, für die wir uns in den Räten oder im Kreistag eingesetzt haben.

Diese Arbeit werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen, intensivieren, weiter ausbauen und die Anzahl unserer kommunalen Mandate steigern, damit linke Politik ein noch höheres Gewicht auch in der Kommunalpolitik erhält.

Wir möchten Sie dazu einladen, uns dabei zu unterstützen! Engagieren Sie sich mit uns gemeinsam für soziale Kommunen, für Teilhabe, für einen besseren ÖPNV, für Solidarität, für den Schutz unserer Natur und Gerechtigkeit für alle!

Liebe Leserinnen und Leser,

damit Sie nach der Lektüre unseres Kommunalwahlprogramms auch wissen, wo sie uns in unserem Landkreis überall wählen können, finden Sie hier eine kurze Aufstellung unserer Kandidaturen:

- ⇒ Für den **Kreistag** des Landkreises Aurich können Sie uns **in jedem Wahllokal** des Landkreises wählen!

Hinzu kommen unsere Kandidaturen in und für:

- ⇒ Stadtrat Aurich
- ⇒ Stadtrat Norden
- ⇒ Stadtrat Wiesmoor
- ⇒ Stadtrat Norderney
- ⇒ Gemeinde Südbrookmerland
- ⇒ Gemeinde Krummhörn
- ⇒ Samtgemeinde Hage
- ⇒ Ortsrat Kernstadt Aurich
- ⇒ Ortsrat Wiesens
- ⇒ Ortsrat Egels/Wallinghausen
- ⇒ Ortsrat Extum/Haxtum/Kirchdorf/Rahe
- ⇒ Ortsrat Popens
- ⇒ Ortsrat Sandhorst
- ⇒ Ortsrat Walle

Damit unser Landkreis, unsere Städte, Gemeinden und Ortsteile lebenswert sind:

Am 13. September 2026 alle Stimmen für **Die Linke!!!!**